

Paulus Akademie: Klima schützen und Gemeinsinn stärken. Wer soll zahlen, wer soll dienen?

«Für eine engagierte Schweiz (Service-Citoyen-Initiative)»

Prof. Dr. Carlo Knöpfel, HSA FHNW

5. November 2025



Der Wortlaut der Initiative (I)

Art. 59 Dienst zugunsten der Allgemeinheit und der Umwelt

1. **Jede Person** mit Schweizer Bürgerrecht leistet einen Dienst zugunsten der Allgemeinheit und der Umwelt.
2. Dieser Dienst wird als **Militärdienst** oder in Form eines anderen, gleichwertigen und gesetzlich anerkannten **Milizdienstes** geleistet.
3. Der Sollbestand der Kriseninterventionsdienste ist **garantiert**; dies betrifft insbesondere:
 - a. die Armee;
 - b. den Zivilschutz.
4. Personen, die keinen Dienst zugunsten der Allgemeinheit und der Umwelt leisten, obwohl sie dazu verpflichtet sind, schulden eine **Abgabe**; das Gesetz kann Ausnahmen vorsehen. Diese Abgabe wird vom Bund erhoben und von den Kantonen veranlagt und eingezogen.

Der Wortlaut der Initiative (II)

5. Das Gesetz legt fest, ob und in welchem Umfang **Personen ohne Schweizer Bürgerrecht** einen Dienst zugunsten der Allgemeinheit und der Umwelt leisten.
 6. Der Bund erlässt Vorschriften über den angemessenen **Ersatz des Erwerbsausfalls**.
 7. Personen, die den Dienst leisten und dabei gesundheitlichen Schaden erleiden oder ihr Leben verlieren, haben für sich oder ihre Angehörigen Anspruch auf angemessene Unterstützung des Bundes.
- Art. 197 Ziff.13 **Übergangsbestimmung** zu Art. 59 (Dienst zugunsten der Allgemeinheit und der Umwelt)
13. Die Bundesversammlung erlässt die Ausführungsbestimmungen zu Artikel 59 **spätestens fünf Jahre** nach dessen Annahme durch Volk und Stände. Treten die Ausführungsbestimmungen innerhalb dieser Frist nicht in Kraft, so erlässt der Bundesrat die Ausführungsbestimmungen **innerhalb von drei Jahren nach Ablauf der genannten Frist**.

Was will die Initiative erreichen?

- Alle leisten einen obligatorischen Einsatz zu Gunsten der Gemeinschaft
- Der Bestand an Dienstpflichtigen wird deutlich erhöht
- Der Zivildienst wird durch einen weitgefassten Milizdienst abgelöst, der dem Militärdienst gleichgestellt ist
- Das Primat von Militärdienst und Zivilschutz bleibt gewahrt

Was steht nicht im Initiativtext?

- Dauer des obligatorischen Dienstes
- Zeitpunkt, zu dem der Dienst geleistet werden muss
- Kriterien zum Einsatz im vorrangigen Militärdienst und Zivilschutz

Welche Argumente sprechen für die Initiative (aus Sicht der Initiant*innen)?

- Die rein männliche Wehrpflicht wird durch eine Dienstpflicht für alle abgelöst
- Die Einsatzgebiete des Milizdienstes entsprechen jenen des heutigen Zivildienstes (Gesundheit, Soziales, Schulen, Landwirtschaft, Naturschutz, usw.), können aber durch das Parlament ausgeweitet werden (Brandbekämpfung, Katastrophenvorbeugung, Cybersicherheit, usw.)
- Die Bestände der Kriseninterventionsdienste (Armee und Zivilschutz) werden in der Bundesverfassung erstmals explizit garantiert
- Ausländerinnen und Ausländer können ebenfalls verpflichtet werden
- Die neuen Regelungen des Dienstes sollen sich an den heutigen orientieren (Sold, Erwerbsersatz, Schutz bei Krankheit und Unfall, etc.)

Wer unterstützt die „Service-Citoyen-Initiative“?

- Grünliberale Partei GLP
- Evangelische Volkspartei EVP
- Piratenpartei
- Reformplattform (Sozialliberal in der SP Schweiz)
- Jungparteien (Mitte, EVP, GLP, FDP Kanton Glarus)
- Männer.ch
- FiT (Frauen im TAZ)
- Prominente Parlamentarier*innen aus vielen weiteren Parteien

Wenn diese Initiative die Lösung ist, was ist dann das Problem?

- Mangel an gemeinschaftlichem Engagement und „Hyper-Individualisierung“ (Ich-AG)
- Fehlende Personalressourcen in systemrelevanten Bereichen (Pflege, Betreuung, Bildung, Landwirtschaft)
- Fehlende Erfahrungen im gemeinschaftlichen Engagement
- Mangel an gesellschaftlichem Zusammenhalt (grösser werdende „Gräben“)

Wo findet sich gemeinschaftliches Engagement?

- Miliz: Übernahme öffentlicher Aufgaben (z.B. Armee, Zivilschutz, Behörden, Gerichtsbarkeit, Feuerwehr, Schulbehörden)
> Trend: Zum Teil gravierender Mangel an Personen, insbesondere auf kommunaler Ebene
- Freiwilliges Engagement: Übernahme gemeinschaftlicher Aufgaben im informellen (im Freundeskreis oder in der Nachbarschaft) oder formellen Kontext (über Einsatzorganisationen)
> Trend: Schleichende Abnahme des Freiwilligen Engagements im sozialen Bereich
- Unbezahlte Care-Arbeit: Übernahme von familiären Aufgaben (Erziehung und Begleitung von Kindern, Betreuung und Pflege von Angehörigen)
> Trend: Mehrfachbelastung der Frauen und zunehmende Professionalisierung der Care-Arbeit

Was spricht gegen die „Service-Citoyen-Initiative“?

- Möglicherweise völkerrechtswidrige Zwangsarbeit
- Zu hohe Bestände, die zu steigenden Ausgaben führen
- Entzug von Arbeitskräften, die in der Wirtschaft gebraucht werden
- Weitere Abwertung der unbezahlten Care-Arbeit
- Konkurrenzierung der professionellen Arbeit im Care-Bereich (Lohndruck)
- Schwächung des freiwilligen Engagements

Wer spricht sich gegen die „Service-Citoyen-Initiative“ aus?

- Bundesrat
- Parlament (beide Kammern)
- Alle Bundesratsparteien und die Grüne Partei Schweiz
- Armee
- Arbeitgeberverband

Um was geht es am Ende bei der „Service-Citoyen-Initiative“?

- Abschaffung des Tatbeweises durch Leistung eines Zivildienstes
- Gleichwertigkeit von Militär- und Milizdienst
- Einbezug der Frauen in einen obligatorischen Militär- oder Milizdienst im Sinne der Gleichstellung der Geschlechter

Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!